

Auch Aachen ist jetzt ein „sicherer Hafen“

Wie zahlreiche weitere Kommunen unterstützt nun auch die Stadt Aachen die Initiative „Seebrücke“.

VON GERALD EIMER

AACHEN Es hat lange gedauert, doch nun hat sich auch Aachen zum „sicheren Hafen“ für flüchtende Menschen erklärt. Mit mehr als 250 weiteren Städten in der Bundesrepublik will damit auch Aachen ein Zeichen gegen die Abschottungspolitik der EU und der Bundesrepublik setzen. Mit den Stimmen aller Fraktionen wurde die entsprechende Resolution am Mittwoch im Stadtrat verabschiedet, einzig die beiden AfD-Vertreter stimmten dagegen.

Seit 2018 hat sich die internationale Bewegung „Seebrücke – Schafft sichere Häfen“ auch in Aachen für die menschenwürdige Aufnahme von Menschen auf der Flucht und gegen die Kriminalisierung der

Seenotrettung etwa im Mittelmeer stark gemacht. Doch alle Appelle an den damaligen Oberbürgermeister Marcel Philipp, der Bewegung beizutreten, sind seinerzeit verpufft. Bei der Amtseinführung von Sibylle Keupen im vergangenen Jahr brachte Ulla Epstein (Linke) das Thema dann in den Rat ein. Am Mittwoch zeigte sie sich hocheifrig über die breite Zustimmung. Als „sicherer Hafen“ könne Aachen einen Beitrag leisten, das Sterben im Mittelmeer zu verhindern und die Not in den Ausnahmelagern zu lindern, hofft Epstein. Ähnlich äußerte sich Christoph Allemand (Zukunft), der sich ebenfalls seit längerem für die Seebrücke engagiert.

Aachen könne sehr stolz sein, dass alle demokratischen Fraktionen –

Grüne, CDU, SPD, FDP, Linke und Zukunft – gemeinsam den Antrag gestellt haben, erklärte Ellen Begolli (Linke). Ausdrücklich bedankte sich CDU-Parteichef Holger Brantın für das Engagement, das ein Gebot der Menschlichkeit sei. Nathalie Koentges (SPD) unterstrich, dass Aachen gut aufgestellt sei und Menschen auf der Flucht aufnehmen könne.

Für die AfD sprach Markus Mohr von einem falschen Signal. Es könne Menschen zur Flucht animieren und sie damit in Lebensgefahr bringen, argumentierte er und kritisierte, dass keine Zahlen zur Aufnahmekapazität in Aachen genannt werden. Gerettete Menschen sollten seiner Meinung nach nicht nach Aachen, sondern zurück in ihre Heimatländer gebracht werden. Michael Ser-

vos (SPD) wies den Redebeitrag als „niederträchtig“ zurück. Harald Baal (CDU) zeigte sich „froh“, dass die AfD den Antrag nicht mitträgt. Damit entziehe sie sich den „ethisch-moralischen Grundlagen“, auf denen die demokratischen Parteien stünden.

In der Resolution heißt es: „Seenotrettung ist kein Verbrechen. Der Rat der Stadt fordert alle in Bund, Land und Europa Verantwortlichen auf, Flüchtlingen aus der Seenotrettung zu helfen. Die Stadt Aachen wird ihre Arbeit zur Hilfe für Flüchtlinge fortsetzen und Flüchtlinge unverändert aufnehmen. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Position gegenüber dem Städtetag zu vertreten.“

seebruecke.org



In der Vergangenheit forderten Anhänger der Initiative „Seebrücke“ immer wieder eine Beteiligung der Stadt Aachen an der Aktion „sicherer Häfen“. Im vergangenen Jahr gab es auch eine Demonstration vor dem Rathaus.

FOTO: HEIKE LACHMANN